



**Parlamentssitzung 10. Dezember 2012**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 21.20 Uhr

**Vorsitz** Annemarie Berlinger-Staub (SP)

**Anwesend**

Bernhard Bichsel (FDP)	Hans Moser (SVP)
Adrian Burkhalter (SVP)	Anita Moser Herren (FDP)
Christian Burren (parteilos)	Heinz Nacht (SVP)
Heidi Eberhard (FDP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mario Fedeli (SP)	Markus Plüss (Grüne)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Jan Remund (Grüne)
Thomas Frey (BDP)	Mathias Rickli (Grüne)
Martin Graber (SP)	Christian Roth (SP)
Philippe Guéra (BDP)	Stephan Rudolf (BDP)
Hermann Gysel (EVP)	Elisabeth Rügsegger (SVP)
Beat Haari (FDP)	Christoph Salzmann (SP)
Niklaus Hofer (SVP)	Ronald Sonderegger (FDP)
Erica Kobel-Itten (FDP)	Hugo Staub (SP)
Verena Koshy (CVP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Andreas Lanz (BDP)	Thomas Verdun (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)	Markus Willi (SP)
Patrik Locher (EVP)	Ulrich Witschi (BDP)
Ruedi Lüthi (SP)	Bernhard Zaugg (EVP)
Anna Mäder (SP)	

**Entschuldigt** Hanspeter Kohler (FDP)

Barbara Thür (GLP)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 12. November 2012 .....	272
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	272
3.	Kreditabrechnungen.....	272
4.	Rechnungsprüfungsorgan - Auftrag externes Mandat .....	275
5.	Konzept "Kind, Jugend und Familie" .....	277
6.	0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!".....	283
7.	0826 Postulat (Grüne) "Minergie-P oder besser" .....	284
8.	1209 Motion (SP, GLP, Grüne) "Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept" .....	285
9.	1211 Interpellation (SP, Köniz) "Problematische Praktikums-Kultur in KITAS?" .....	287
10.	1212 Interpellation (SP, Köniz) "Folgen eines Systemwechsels in der Finanzierung von Kita-Plätzen" .....	288
11.	Verschiedenes.....	289

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung. Speziell begrüsse ich unser neues Parlamentsmitglied Stephan Rudolf, der die Nachfolge von Franziska Keller antritt. Ein herzliches Willkommen. Heute darf Jan Remund Geburtstag feiern. Wir gratulieren herzlich. (*Applaus*).

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Die Akten für die Parlamentssitzung sind Ihnen am 15. November 2012 zugestellt worden, das Protokoll der Parlamentssitzung vom 12. November 2012 mit Nachversand am 5. Dezember 2012.

Ich lese Ihnen folgenden Brief vor: "Rücktritt aus dem Parlament auf den 31. Dezember 2012. Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Vor 11 Jahren haben mich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Köniz in den damals noch Grossen Gemeinderat gewählt. Diese Jahre waren für mich sehr lehrreich und interessant, hat man doch die Möglichkeit, wenn man ein solches Amt ausüben darf, mit vielen Leuten in Kontakt zu kommen und interessante Gespräche zu führen. Der Höhepunkt in den 11 Jahren war für mich im Jahr 2006, als ich zum Präsidenten des Parlaments gewählt wurde. Ich erinnere mich gerne an viele schöne Begegnungen und Gespräche zurück, die ich in diesem Jahr hatte. Da ich nun seit acht Monaten Präsident des kantonal-bernischen Fleckviehzuchtverbandes bin, kann ich die frei werdende Parlamentszeit neu in diesem Amt einsetzen. Ich danke allen recht herzlich für die gute Zusammenarbeit, für die gute Gesprächskultur im Könizer Parlament und wünsche Euch allen für die Zukunft alles Gute und besonders gute Gesundheit. Mit freundlichen Grüssen, Niklaus Hofer.

**Stefan Lehmann (SVP):** Nun ist es so weit, nach genau 11 Jahren im Könizer Parlament müssen wir Niklaus Hofer verabschieden. Er ist bei den Wahlen 2001 auf Anhieb in den damaligen Grossen Gemeinderat gewählt worden und zählt heute zusammen mit Christian Burren zu den amtsältesten Parlamentsmitgliedern. Niklaus Hofer war kein Hinterbänkler im Parlament. 2004 bis 2005 und 2010 bis 2011 war er Fraktionspräsident der SVP-Fraktion, er war Präsident der nichtständigen Kommission Tramprojekte und – wie er festgehalten hat – als Höhepunkt Parlamentspräsident im Jahr 2006. Auch der Partei hat er während Jahrzehnten in verschiedensten Funktionen gedient: Ortsgruppenpräsident, Wahlkampfleiter 2001 und 2009, Vorstandsmitglied usw. Er war stets eine wichtige Stütze in der Parteileitung, auch in schwierigen Zeiten. Niklaus Hofer und ich haben uns immer gut verstanden. Schon lange vor der politischen Tätigkeit haben wir gut zusammengearbeitet. Niklaus Hofer sorgte einige Male auch für spannende Debatten im Parlament. Ich erinnere an die Debatte über das Geschäft Sanierung der Scheibenstände, das zwei Mal aufgrund von engagierten und spontanen Voten von ihm zurückgewiesen worden ist. Fast wäre es ihm auch gelungen, den Kredit für den Park Liebefeld um 200'000 Franken zu kürzen. Ein weiteres Musterchen: Das Budget 2006 wurde vom Parlament zurückgewiesen. Anlässlich einer zweiten Parlamentssitzung kurz vor Weihnachten kam es zu einer gehässigen Debatte über Sinn und Unsinn von Rückweisungen von Voranschlägen wegen 300'000 Franken. Parlamentspräsident Niklaus Hofer intervenierte mit folgenden Worten: "Ich bitte die folgenden Votanten, sich nur noch zum neuen Budget 2007 zu äussern. Lassen Sie bitte nicht die vergangene Woche Revue passieren und stossen Sie sich keine "Schnecken in die Tasche". Halten Sie sich bitte an die Sitzungsdisziplin, sonst können wir heute Abend die Traktandenliste nicht abarbeiten." Dieses Zitat bezeichnet Niklaus Hofer treffend. Er ist gradlinig, direkt, spricht ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, verhält sich lösungsorientiert, aber stets mit etwas Humor. Die SVP-Fraktion dankt Niklaus Hofer für seinen jahrelangen Einsatz zugunsten der Bevölkerung der Gemeinde Köniz, der Partei und der Fraktion. Wir danken aber auch seiner Frau Marlise Hofer, die ihn oft auf dem Hof vertreten hat, wenn er an irgendeiner Sitzung teilnehmen musste. Vielleicht wird er nun den einen oder anderen Abend mehr zu Hause sein und deshalb wird er mehr Zeit haben, das Geschenk zusammen mit seiner Frau zu geniessen. Wie gehört, warten andere Aufgaben auf ihn und im Grossen Rat von Bern sitzt er ausserdem auf einem aussichtsreichen Platz für ein etwaiges Nachrücken. (*Applaus*).

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Das Fraktionspräsidium der BDP-Fraktion hat gewechselt. Neuer Fraktionspräsident ist Philippe Guéra.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Erica Kobel-Itten (FDP):** Wenn Vizepräsidentinnen das Wort ergreifen, dann oft, weil sie einem Präsidenten oder einer Präsidentin einen Jahresbericht verdanken. Das ist hier aber nicht der Fall. Ich ergreife das Wort, weil Annemarie Berlinger-Staub am 4. Dezember 2012 einen runden Geburtstag feiern durfte. Wir gratulieren herzlich und nehmen dies zum Anlass, nicht nur mental anzustossen, sondern überreichen einen Blumenstraus und wünschen von Herzen alles Gute. (*Applaus*).

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 12. November 2012 (Nachversand)

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 12. November 2012 wird genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen anstehen, entfällt dieses Traktandum.

### 3. Kreditabrechnungen Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit den Sitzungsakten ist Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugesandt worden. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst spricht der GPK-Referent. Danach folgen die Fraktions- und die Einzelvoten. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung über die Kenntnisnahme.

**GPK-Referent Heinz Nacht (SVP):** Ich habe die Ehre, Ihnen die Kreditabrechnungen zu präsentieren. Barbara Thür und ich haben Abklärungen direkt bei den betroffenen Abteilungen vorgenommen und wir dürfen feststellen, dass diese Arbeit spannend war. Generell halte ich Folgendes fest: Die Gemeindeverwaltung hat sich in den letzten Jahren sehr grosse Mühe gegeben, die Kreditabrechnungen möglichst schnell dem Parlament vorlegen zu können, was ich als gelungen betrachte. Grossen Dank an die beteiligten Direktionen. Hinter diesen Kreditabrechnungen steckt sehr viel Arbeit.

Zu den einzelnen Kreditabrechnungen:

Kreditabrechnung 1, Niederwangen Buszufahrtsstrasse Ried: Das Resultat kann als gelungen betrachtet werden. Wir bemängeln lediglich den Nachkredit von 45'000 Franken. Ohne diesen wäre die bewilligte Kreditsumme um knapp mehr als 10 Prozent überschritten worden. Weshalb kam es dazu? Während der Realisierung wurde festgestellt, dass die geplante Strassenentwässerung nicht geeignet ist und damit grosse Wasserlachen auf der Strasse entstanden wären. Man entschloss sich, das Abwasser via Kanalisation abzuführen, d. h. es mussten Leitungen realisiert werden und für diese wurde der Nachkredit bewilligt. Unserer Meinung nach sollte in der Kreditabrechnung sichtbar sein, dass der vom Parlament bewilligte Kredit eigentlich überschritten worden ist.

Kreditabrechnung 2, Wabern Alpenstrasse Sanierung: Eine allgemeine Bemerkung: Der offerierte Preis hängt stark vom Zeitpunkt der Offerierung ab. Erfolgt eine Ausschreibung im Januar bis März, wird relativ günstig offeriert, weil die Auftragsbücher der Unternehmungen dann noch relativ leer sind. Das beweisen auch die drei nächsten Kreditabrechnungen. Je nach Wetter während des Baus und dem Untergrund, müssen die 10 Prozent Reserve für Unvorhergesehenes nicht gebraucht werden. Das war auch hier der Fall.

Kreditabrechnung 3, Wabern Sanierung Lehnenviadukt Kirchstrasse: Die grosse Stützmauer, d. h. der Lehnenviadukt der Kirchstrasse musste saniert und das Trottoir wurde auf die andere Strassenseite verlegt. Hier wurde fast eine Punktlandung der Kreditsumme erreicht. Mit Glück am Bau sowie mit dem Aufbrauchen der 10 Prozent Reserve für Unvorhergesehenes wurde die erwähnte Fastpunktlandung erreicht.

Kreditabrechnung 4, Wabern Kirchstrasse Teilstrecke Frischingweg – BLS-Unterführung: Für Abklärungen zu diesem Kredit besuchte ich die entsprechende Abteilung. Ich danke für die immer guten Auskünfte, die ich auf meine Anfragen hin erhalten habe. Auch hier war der Zeitpunkt der Ausschreibung im Januar ideal. Mit dem Bau konnte bereits im April begonnen werden. Wichtig ist auch Folgendes zu wissen: Dank sehr guten trockenen Witterungsbedingungen sind keine Probleme mit allfälligen Stützmauern entstanden. Die vorgesehenen finanziellen Reserven mussten nicht angebraucht werden und dadurch ist die Kreditabrechnung positiv ausgefallen.

Kreditabrechnung 5, Wabern Alpenstrasse Wasserleitungsersatz: Auch bei diesem Geschäft war der Zeitpunkt der Ausschreibung ideal. Der Markt spielt in diesem Sektor. Absprachen sind fast nicht vorhanden und die Unternehmen offerieren fair. Bei Sanierungen von Wasserleitungen kommt folgender Faktor hinzu: Wenn man mit dem Graben beginnt, weiss man noch nicht, was erscheinen wird. Teilweise musste nicht alles wie vorgesehen ersetzt werden, was sich positiv auf die Kreditabrechnung auswirkte. Es ist in meinen Augen sehr gut, wenn die Gemeinde sich als flexibel erweist und nur das wirklich Notwendige ersetzt.

Kreditabrechnung 6, Erweiterung Grabfelder und Erneuerung Wegverbindung Friedhof zu Kirche, Friedhof Köniz: Dieses Geschäft war sehr gut planbar und barg keine Überraschungen in sich. Dadurch konnte hier eine Punktlandung realisiert werden.

Kreditabrechnung 7, GEP Untere Gemeinde, Projekt: Es handelt sich um die einzige der sieben Kreditabrechnungen, die sich über eine längere Zeitspanne hinweg zogen. Das Projekt ist in meinen Augen sehr spannend. Das Werk ist sehr komplex, es handelt sich um Werkleitungskataster, die mittels Kanal-TV aufgenommen werden. Enthalten sind auch Projektgrundlagen für Pläne der Gemeinde. Das AWA (kantonales Amt für Wasser und Abfall) war stark involviert, weil alles durch dieses Amt überprüft werden musste. Während dem laufenden Projekt wurde ein Entwässerungskonzept entwickelt. Vom AWA wurden auch Mittel für das Projekt gesprochen. Mittels Kanal-TV wurde nicht nur der Zustand der Leitungen überprüft, sondern auch der genaue Standort der Leitungen im Boden. Die ermittelten Daten sind ins Orthofoto übertragen worden. Die Finanzkontrolle weist auf die deutlichen Einsparungen beim Erarbeiten des Kanalisationskatasters aufgrund der effizienten Datenverarbeitung und günstigen Auftragsvergaben hin. Beim GEP Untere Gemeinde handelt es sich um das grösste, es ist viermal grösser als z. B. das GEP Obere Gemeinde. Der einzige "Tolggen" im Reinheft ist für die Gemeinde bei der Mehrwertsteuerabrechnung entstanden. Zu Beginn des Projekts im Jahr 2002 lag die Summe für die Vermessung unter der Grenze von 75'000 Franken, 2004 überstieg sie diese Grenze, das Projekt wurde somit plötzlich mehrwertsteuerpflichtig. Hier entstand ein kleines Abgrenzungsproblem mit der Mehrwertsteuer unter den Dienstzweigen der Abteilung. Ein weiterer Grund für die Verzögerung: Der Kanton wechselte mitten im Projekt sein System und das GEP Obere Gemeinde musste vorgezogen werden, damit Subventionszahlungen noch möglich sind. Die Abteilung Gemeindebetriebe teilte mir mit, dass das GEP Obere Gemeinde demnächst folgt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, von den Kreditabrechnungen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Erfreulich ist die Tatsache, dass – ausgenommen Kreditabrechnung 1 – alle Kreditabrechnungen unter der bewilligten Kreditsumme abgeschlossen werden konnten. Gerade das stellt aber in meinen Augen ein Problem dar, darauf habe ich bereits mehrmals hingewiesen: Die Berechnung der Kreditsumme wird durch einen Ingenieur erarbeitet. Die Gefahr ist nun gross, dass die Kostenschätzung eher grosszügig ausfallen wird, damit keine Nachkredite gestellt werden müssen. Wir Parlamentsmitglieder haben dann über die Kredite zu befinden, können aber nicht wirklich beurteilen, ob diese zu hoch sind oder nicht. Ich habe hier bereits mehrmals die Befürchtung geäussert, dass es wie eine Einladung für die offerierenden Unternehmungen ist, möglichst nahe an der bewilligten – tendenziell zu hohen – Kreditsumme zu offerieren.

Die GPK hat sich dieser Problematik angenommen. An der letzten Sitzung wurden Vertreter von "Transparency International" eingeladen, sich zu diesem Thema zu äussern. Herr Köchli,

pensionierter Leiter einer grossen Baufirma, beantwortete unsere dahingehenden Fragen. Er hielt fest, dass vor 20 Jahren Absprachen unter den Bauunternehmungen üblich gewesen seien. Heute sei dies aufgrund der neuen Gesetzgebung sehr heikel geworden. Er hielt auch fest, dass solche Absprachen für die Unternehmungen sehr teuer werden können und weil das Risiko für die Unternehmungen zu hoch ist, Absprachen nicht mehr stattfinden. Meine Bedenken dahingehend konnten mit diesen Aussagen zerstreut werden.

Wie Heinz Nacht angetönt hat, ist bei den Kreditabrechnungen 2, 4 und 5 sichtbar, dass der Markt spielt und die Kredite weit über 1 Million Franken unter der eigentlich bewilligten Kreditsumme abgerechnet werden konnten. Einerseits sind günstige Umstände Grund dafür, andererseits muss aber festgehalten werden, dass es sich immer noch um massiv zu hohe Kostenschätzungen handelt, wenn ein Kredit mehr als 40 Prozent unter der bewilligten Kreditsumme abgeschlossen werden kann. Dadurch sind bei der Gemeinde Köniz knapp 1 Million Investitionskosten zuhanden der Gemeinderechnung blockiert sowie 600'000 Franken bei der Spezialfinanzierung Wasser. Mit diesen Mitteln hätten andere Projekte vorgezogen werden können. Schlussendlich setzen die zu hoch geschätzten Berechnungen den Realisierungsgrad der Investitionen herab. Hätte der Markt nicht gespielt und die Offerten wären knapp unter der bewilligten Kreditsumme ausgefallen, hätte die Gemeinde Köniz massiv zu viel bezahlt.

Zu Kreditabrechnung 3 stellt sich folgende Frage: Was hat hier zur Punktlandung bei der Kreditabrechnung geführt? War der offerierende Projektingenieur mutig und schätzte die Kosten präzise? Oder hat genau hier der Markt nicht gespielt? Diese Frage kann nicht beurteilt werden. Die GPK ist zum Schluss gekommen, dass in Zukunft bei solchen Krediten genauer hinzuschauen ist.

Ein Teil der Fraktion der Grünen nimmt von den Kreditabrechnungen zustimmend und ein Teil teilweise zustimmend Kenntnis.

**Fraktionssprecher Beat Haari (FDP):** Die FDP-Fraktion wird zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen nehmen.

Grundsätzlich beurteilen wir die Sache ähnlich wie die Fraktion der Grünen. Es freut auch uns, dass die Kredite innerhalb der bewilligten Summe abgerechnet werden konnten. Die Abrechnungen zeigen, dass entweder tendenziell zu hoch oder zu ungenau budgetiert wird. Wir weisen darauf hin, dass hier gewisse Gefahren vorhanden sind; vor allem dann wenn es sich um grosse Projekte handelt (TRB) und sich die Vorzeichen der Abweichungen von minus auf plus ändern könnten.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen und dankt dem Gemeinderat für die Vorlage und die prompte Ablieferung. Erfreulicherweise sind keine Altlasten mehr vorhanden. Die Kreditsummen wurden alle deutlich unterschritten. Dadurch werden aber – wie bereits erwähnt – flüssige Mittel blockiert und der Realisierungsgrad gesenkt. Wir bitten darauf zu achten, dass präziser offeriert wird.

Eine Frage, die ich im Namen von Niklaus Hofer stelle: Liegt die Kreditabrechnung für den Park Liebefeld vor?

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die verschiedenen Anregungen und Hinweise, die in der Debatte gefallen sind. Der Gemeinderat nimmt diese ernst. Die Kreditabrechnungen 2 und 5 – die Alpenstrasse betreffend – hat der Gemeinderat auch an seinen Sitzungen diskutiert. Gewisse hier angebrachte Feststellungen hat auch der Gemeinderat gewonnen und ist der Meinung, dass diesen nachzugehen ist. Grundsätzlich ist es in den Augen des Gemeinderats richtig, wenn das Parlament seine Aufgabe, die Kreditanträge zu prüfen, wirklich ernst nimmt.

Zu Kreditabrechnung 1, wo festgehalten worden ist, dass der Gemeinderat einen Nachkredit bewilligt hat und wenn dies nicht berücksichtigt werde, sei die Überschreitung des vom Parlament bewilligten Kredits doch massiv. Diese Betrachtung ist falsch und ich nehme Stellung dazu: Der Sachverhalt, dass ein Nachkreditbegehren bewilligt worden ist, ist richtig. Bei der Bauausführung wurde klar, dass die ursprünglich vorgesehene Entwässerung in diesem Strassenabschnitt zu Überschwemmungen führen könnte. Die ausführende Abteilung schlug rechtzeitig im Voraus vor, diesen Abschnitt über die Kanalisation zu entwässern. Gemäss Kompetenzordnung war der Gemeinderat für die Bewilligung dieses Kredits zuständig. Wenn der Gemeinderat diesen Kredit nicht bewilligt hätte, wäre die ursprünglich vorgesehene Entwässerung realisiert und somit der Parlamentskredit eingehalten worden.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Verwaltungintern wurde der günstige Abschluss der Arbeiten an der Alpenstrasse geprüft. Erstens kann festgehalten werden, dass zwischen dem günstigsten und dem teuersten Angebot bereits eine Differenz von 34 Prozent vorhanden war und die Position "10 Prozent für Unvorhergesehenes" nicht beansprucht werden musste. Preisschwankungen von  $\pm 20$  Prozent sind im Strassenbau üblich. Folgende Faktoren spielen dafür eine Rolle: Die aktuelle Auftragslage der offerierenden Unternehmungen, die allgemeine Wirtschaftslage, die Interessenslage der Unternehmungen gegenüber dem Auftraggeber. Wichtige Punkte sind auch Art, Grösse und Komplexität der Baustelle, die Terminvorgaben, die Platzverhältnisse, das Verkehrsaufkommen, die Lieferantenpreise und die Anzahl Risikoelemente. Im Fall der Alpenstrasse waren absolut ideale Voraussetzungen vorhanden. Die Strasse konnte für den motorisierten Fahrzeugverkehr wie auch für den Busbetrieb total gesperrt werden. Die Bauunternehmung konnte im Minimum eine Bauequipe konstant während zwei Bausaisons einsetzen, wodurch für die Firma eine gesicherte Grundauslastung entsteht. Am Lindenweg, nahe bei der Alpenstrasse konnte zudem ein guter Installationsplatz eingerichtet werden, auch das ist ein wichtiger Punkt. Weil eine bessere Fundierung als erwartet vorhanden war, mussten wider Erwarten weniger Strassenmauern ersetzt werden. Damit fielen vorgesehene, generell kostenintensive Betonarbeiten weg. Ebenfalls mussten weniger Anpassungsarbeiten als vorgesehen bei Vorgärten und Gartenzäunen realisiert werden. Das Wetter spielte auch mit. Die Anwohnerinnen und Anwohner haben gut mitgearbeitet und im Untergrund kamen keine wesentlichen negativen Überraschungen zutage. Für die Totalsanierung der Alpenstrasse beträgt der durchschnittliche Quadratmeterpreis rund 200 Franken, was relativ tief ist.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Stefan Lehmann fragte weshalb die Kreditabrechnung für den Park Liebefeld noch nicht vorliegt. Mit den Arbeiten wurde 2007 begonnen und 2009 der Park eingeweiht. Ich kann diese Frage nicht aus dem Stegreif beantworten, werde Sie aber an der Parlamentssitzung vom 18. Januar 2013 darüber informieren.

---

#### **Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

Niederwangen, Buszufahrtsstrasse Ried

Wabern, Alpenstrasse, Sanierung

Wabern, Sanierung Lehnenviadukt Kirchstrasse

Wabern, Kirchstrasse Teilstrecke Frischingweg - BLS Unterführung

Wabern, Alpenstrasse, Wasserleitungersatz

Erweiterung Grabfelder und Erneuerung Wegverbindung Friedhof zu Kirche, Friedhof Köniz

GEP Untere Gemeinde, Projekt

(abgegebene Stimmen: 35 für zustimmende Kenntnisnahme, 3 für teilweise zustimmende Kenntnisnahme)

---

#### **4. Rechnungsprüfungsorgan - Auftrag externes Mandat**

Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Den Bericht und Antrag des Gemeinderats haben Sie mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Das Vorgehen: Zuerst spricht der Präsident der Finanzkommission, danach folgen Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

**Präsident der Finanzkommission Christian Burren (parteilos):** Vor gut einem Jahr haben wir im Parlament den externen Revisionsauftrag mit der Firma T & R für zwei Jahre verlängert. Dies damit die damals neue Finanzkommission genügend Zeit zur Verfügung hatte, die gesamte Rechnungsprüfung als solches zu überprüfen. Wenn die Rechnungsprüfung damals für vier Jahre neu hätte ausgeschrieben werden müssen, wäre das für die Finanzkommission ein "Schnellschuss" gewesen. Die Finanzkommission hat sich in dieser Zeit vertieft mit der Rechnungsprüfung befasst. Wir haben uns bei ähnlich gelagerten Gemeinden wie Köniz über deren Organisation in Bezug auf die Rechnungsprüfung informiert. Dem heute bestehenden zweigeteilten System – interne Finanzkontrolle und externe Revisionsstelle – haben wir zwei andere Varianten gegenübergestellt. Wir konnten feststellen, dass das Modell: Finanzkontrolle direkt dem Parlament unterstellt, Nachteile in Bezug auf die Auftragserteilung hat. Das bestehende Modell: "Interne Finanzkontrolle, dem Gemeinderat unterstellt", ist ein ideales Instrument für

allfällige Erfüllung von Projekt- oder direkten Aufträgen. Das würde mit der verwaltungsunabhängigen Finanzkontrolle entfallen. Das Modell der externen Rechnungsprüfung ist in unseren Augen nicht zielführend. Vor allem konnten die effektiven Kosten für die Gemeinde Köniz nicht erhoben werden, weil der Kontrollumfang schlecht mit dem jener Gemeinden vergleichbar ist, die ihre Rechnungsprüfung mit diesem Modell durchführen. Aus diesem Grund hat sich die Finanzkommission entschieden, das bestehende Modell weiterzuführen. Wir möchten jedoch einige Anpassungen vornehmen, die dem Parlament zu gegebener Zeit vorlegt werden.

Nach dem Entscheid für die Beibehaltung des bestehenden Systems wurde der Rechnungsauftrag ausgeschrieben. Die Finanzkommission liess sich dafür von der Leiterin der Finanzkontrolle, Frau Zellweger, beraten. Sie empfahl uns fünf Firmen, die die Kompetenzen für die Erfüllung des von uns gestellten Auftrags erfüllen. Für die Vergabe des Auftrags war schlussendlich der Preis entscheidend. Die Firma Engel Copera AG unterbreitete das beste Angebot und ist ausserdem in der Gemeinde – im Liebefeld – ansässig. Die Firma will verstärkt auf dem Gebiet Gemeinderevisionen tätig werden und unterbreitete deshalb ein finanziell für uns sehr attraktives Angebot. Die Finanzkommission ist überzeugt, dass mit der Firma Engel Copera AG eine gute Lösung gefunden wurde und empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Revisionsauftrag für die nächsten vier Jahre – 2013 bis 2016 – an diese Firma zu übertragen. Ich spreche noch im Namen der SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der Finanzkommission einstimmig zustimmen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Martin Graber (SP):** Ich nehme zu drei Punkten Stellung. Die SP-Fraktion unterstützt die Beibehaltung des bestehenden Rechnungsprüfungsmodells externe Rechnungsprüfung gekoppelt mit der internen Finanzkontrolle. Das Modell ist sinnvoll und gut. Die Firma T & R AG erfüllte ihren Auftrag tadellos. Die SP-Fraktion ist auch der Meinung, dass regelmässige Wechsel der externen Rechnungsprüfungsfirmen die Gefahr von blinden Flecken vermindern.

Deshalb und weil das Angebot der Firma Engel Copera AG gut ist, wird die SP-Fraktion dem Antrag der Finanzkommission zustimmen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz wird dem Antrag der Finanzkommission zustimmen.

Wir sind der Meinung, dass die Finanzkommission ihre Sache gut gemacht hat und der uns nun vorliegende Vorschlag transparent und verständlich ausgearbeitet ist. Es ist in unseren Augen jedoch nicht ganz unproblematisch, wenn dem Preis so hohes Gewicht beigemessen wird. Ein günstiges Angebot bedeutet aber auch einen Vorteil für die Gemeindefinanzen. Wir hoffen, dass mit der Firma Engel Copera AG gute Erfahrungen gemacht werden können.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Da die beiden im Antrag aufgeführten Ziffern in einem direkten Zusammenhang stehen, kann die Abstimmung darüber nicht getrennt erfolgen.

---

### **Beschluss**

1. Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnungen 2013 bis und mit 2016 wird die Firma Engel Copera AG, Bern-Liebefeld, gewählt.
2. Die Arbeiten werden an die Firma Engel Copera AG gemäss Offerte zum Preis von CHF 20'700.00 (netto) pro Jahr zu Lasten Konto Nr. 1000.318.70 vergeben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

Beat Haari verlässt die Sitzung um 19.45 Uhr, somit sind noch 37 Parlamentsmitglieder anwesend.



## 5. Konzept "Kind, Jugend und Familie"

Kenntnisnahme; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Der Bericht und Antrag des Gemeinderats ist Ihnen mit den Sitzungsunterlagen zugestellt worden. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst nimmt der GPK-Referent Stellung, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Zum Schluss wird abgestimmt.

**GPK-Referent Christian Roth (SP):** Uns liegt nun das Konzept "Kind – Jugend – Familie" vor, das auf einen Vorstoss der SP-Fraktion zurückgeht. Wir erinnern uns: Den dazugehörigen Vorstoss hätten wir eigentlich bereits in der Sitzung vom 20. August 2012 abschreiben sollen. Das Parlament lehnte die Abschreibung damals ab, weil das Konzept damals noch nicht vorlag.

Zuerst bedanke ich mich bei Gemeinderat Ueli Studer und der Verwaltung für die grosse Arbeit. Die Erstellung eines solch grossen Konzepts kann nicht aus dem Nichts entstehen. Es bringt viele Akteure an einen Tisch und regt zum Nach- und Mitdenken an. So sind zahlreiche Rückmeldungen in die Mitwirkung eingegangen. Das BIZ (Berufsinformationszentrum), Elternvereinigungen, Kirchgemeinde, Erziehungsberatung, Ortsvereine, sind nur einige der Akteure, die hier aktiv mitgedacht haben. So weit als möglich sind die Eingaben aufgenommen worden.

Das vorliegende Konzept wurde von der DBS erarbeitet, d. h. es handelt sich nicht um ein Konzept des Gemeinderats. Diese Feststellung ist nicht unbedeutend. Das Konzept arbeitet anstehende und künftige Fragen auf, nimmt verschiedene – im Konzept erwähnte – Vorstösse auf und setzt sie in einen Gesamtzusammenhang. Das Konzept ist modular aufgebaut, damit man sich möglichst schnell an geänderte Bedingungen anpassen kann. Separate Register beinhalten variable Informationen und aktuelle Dienstleistungen, die ebenfalls bei Bedarf aktualisiert werden können. Die Register sind bereits auf der Website der Gemeinde Köniz zu finden. In der ersten Hälfte des Konzepts sind die Grundlagen definiert, die Analysen der Situationen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Köniz. Darauf gehe ich nicht weiter ein, die Beurteilung der Qualität dieser Analysen liegt bei den Fraktionen. Im zweiten Teil des Konzepts wird es konkreter. Es geht um Handlungsfelder und um Massnahmen. Beim Durchlesen dieses Konzeptteils wird schnell klar, dass die Handlungsfelder, insbesondere die Massnahmen in den Handlungsfeldern, teilweise dürftig und schwammig sind. Ausführlich und konkret werden die Massnahmen vor allem in jenen Bereichen, wo es sich um Kerngebiete der DBS handelt. Zum Beispiel im Kapitel 5.1 "Erziehung, Betreuung und Bildung".

In ihrer Diskussion zu den anderen Kapiteln hat sich die GPK jedoch oft gefragt, ob das Aufgeführte wirklich schon alles sein soll und was das konkret bedeuten soll. Diesen Fragen ist die GPK nachgegangen und hat in Erfahrung gebracht, dass es sich a) um ein Direktionskonzept handle und nicht in andere Direktionsfelder per se übergegriffen werden könne. Die GPK hegt dazu die Vermutung, dass die anderen Direktionen befürchten, mit diesem Konzept zu stark gebunden zu werden. Die GPK hat erfahren, dass b) die DBS gerne zusätzliche Massnahmen aufgenommen hätte, die in der Diskussion im Gemeinderat nicht aufgenommen worden sind. Das ist zu bedauern, weil das Konzept in einigen Themenfeldern Lücken aufweist und insgesamt eher zahnlos wirkt. In Kapitel 6 wird dargelegt, dass die bestehende Arbeitsgruppe Jugend erweitert und in Form einer "Jugend- und Familienkonferenz" geführt wird. Die Begründung: Verschiedene Angebote wie Mütter- und Väterberatung oder das BIZ sind kantonalisiert worden und erfordern deshalb eine intensive Vernetzung aller Angebote für Kinder, Jugend und Familie auf Gemeindeebene. Die Zusammensetzung der neuen Jugend- und Familienkonferenz ist auf Seite 40 zu finden. Es wird eine breite Palette angestrebt, um der notwendigen Vernetzung in diesem Gebiet Nachachtung zu verschaffen. Die Konferenz muss ihre Arbeit erst noch aufnehmen und soll analog der Alters- und Gesundheitskonferenz oder der Migrationskonferenz funktionieren. Sie soll sich künftig ca. vier Mal jährlich treffen.

Als Weiteres fragte die GPK nach der Verbindlichkeit der Tabelle im Anhang 1 des Berichts des Gemeinderats. Diese gibt lediglich die grobe Planungspriorität wider, weil die Umsetzung stark von den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde abhängig ist. Das ist auch ein Grund dafür, weshalb im Antrag des Gemeinderats ein eher unüblicher zweiter Abschnitt aufgeführt ist, der auf diesen Zusammenhang hinweisen soll. Dieser zweite Punkt des Gemeinderats-Antrags irritierte die GPK. Man diskutierte über den Sinn dieses Antrags, weil es sich dabei genau genommen um einen so genannten Pleonasmus handelt. Die Massnahmen und Aktivitäten und das finanzielle Engagement der Gemeinde müssen immer in einem Zusammenhang mit der finanziellen Leistungsfähigkeit stehen. So hat sich die GPK überlegt, ob es sich eventuell um einen verfrühten 1.-April-Scherz handelt. Schliesslich obsiegte die Einschätzung, dass es sich dabei eher um einen Notausgang handelt, damit Massnahmen, die aus sozialpolitischer Sicht

zwar notwendig wären, aus finanzpolitischer Sicht allenfalls aber nicht umgesetzt werden können oder müssen. Wie dieser zweite Antrag auch immer eingeschätzt wird, ich gehe davon aus, dass das Parlament bei der Umsetzung dieses Konzepts wachsam sein muss. Es muss die angedachten Zielsetzungen konsequent einfordern und dem Gemeinderat auf die exekutiven Finger schauen. Immerhin wurde der GPK auf ihre Rückfrage hin versichert, dass die notwendigen Kosten zur Umsetzung der Massnahmen im IAFP eingestellt sind.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, vom vorliegenden Konzept teilweise zustimmend Kenntnis zu nehmen. Das Abstimmungsergebnis lautet: 3 Stimmen für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 3 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme, Stichentscheid des GPK-Präsidenten für teilweise zustimmende Kenntnisnahme. 1 GPK-Mitglied konnte nicht an der Sitzung teilnehmen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die grosse Arbeit, die für die Erarbeitung des vorliegenden Konzepts geleistet worden ist. Wenn man sich bewusst ist, dass alle Direktionen daran beteiligt und zusätzlich eine grosse Anzahl an Organisationen und Einrichtungen in die Mitwirkung mit einbezogen worden sind, kann man sich vorstellen, dass der Aufwand für die Erarbeitung des Konzepts enorm war. Das Werk ist umfassend, die Zusammenhänge sind gut beschrieben und das vielfältige Angebot für Kinder, Jugend und Familie, das in der Gemeinde genutzt werden kann, ist gut ersichtlich. Wir hoffen, dass die Finanzlage der Gemeinde Köniz es zulassen wird, alles realisieren und beibehalten zu können. Dass spezielle Angebote für spezielle Fälle vorhanden sind, wie z. B. Früherkennung und Unterstützung für gefährdete Kinder und Jugendliche im schulischen und sozialen Bereich, ist in unseren Augen notwendig und gut.

Gleichwohl fehlt uns etwas: Die Freiwilligenarbeit wird nur ganz am Rande erwähnt und von Anreizen zur Förderung der Eigenverantwortung ist im Konzept nichts zu finden. Aus eigener Erfahrung weiss ich, wie wertvoll und befriedigend es ist, wenn Nachbarschaftshilfe und familienernerne Betreuung geleistet und genutzt werden können. Die Herausforderung ist gross und man benötigt gegenseitigen Respekt, guten Willen und Gesprächsbereitschaft. Wenn dies alles jedoch funktioniert, kann es eine Bereicherung wie auch eine finanzielle Entlastung für alle Beteiligten bedeuten. Wir verlangen, dass Freiwilligenarbeit und Eigenverantwortung in Zukunft bei solchen Geschäften einen festen Platz haben und ihnen damit mehr Gewicht beigemessen wird.

In dem Sinn wird die SVP-Fraktion zustimmend Kenntnis vom vorliegenden Konzept nehmen.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Die FDP-Fraktion hat lange darüber diskutiert, was ein Konzept überhaupt ist.

Die FDP-Fraktion hatte Freude, dass die Betreuungsgutscheine – auch wenn man sich mit diesem Begriff schwer getan hat und von Subjektfinanzierung die Rede ist – Eingang ins Konzept gefunden haben. Das ist in unseren Augen, vor allem nach der letzten sehr negativen Antwort des Gemeinderats, sehr positiv. Sehr gut gefällt uns auch, dass Starke gefördert und Schwache gestützt werden sollen.

Ich kann mich dem Votum von Elisabeth Rügsegger anschliessen: Auch die FDP-Fraktion beurteilt die Freiwilligenarbeit und Eigenverantwortung als sehr wichtige und ergänzende Pfeiler unserer Gesellschaft, die im Konzept stärker aufzunehmen sind.

Einige Punkte betrachten wir etwas kritisch: Einerseits hätten wir uns gewünscht, dass die Einführung von Betreuungsgutscheinen zeitlich früher geplant worden wäre. Beispiele von Städten, die Versuchsbetriebe mit Betreuungsgutscheinen haben, wie z. B. Luzern, sind vorhanden. Es wäre durchaus möglich, dass die Gemeinde Köniz hier einen eigenen Weg gehen kann und nicht passiv auf die Stadt Bern warten muss. Generell ist der FDP-Fraktion aufgefallen, dass der Umfang des vorliegenden Papiers recht viel Prosa enthält. Wir hätten uns die ganze Sache etwas knapper und konkreter gewünscht. Das Konzept wird erst zum Schluss hin konkret und auch das noch relativ vage. Wir gehen davon aus, dass dem Konzept ein Umsetzungsplan folgen muss, der die genaue Umsetzung schrittweise vorgibt. Unter einem Konzept verstehen wir, dass die Umsetzung bereits ziemlich konkret aufgeführt ist. Wir warten gespannt auf den Umsetzungsplan. Vielleicht kann sich Gemeinderat Ueli Studer dazu noch äussern.

Als Beispiel für unkonkrete Aussagen des Konzepts erwähnen wir die Basisstufe: Das Konzept sagt hier nichts Konkretes zur Strategie aus. Die Basisstufe wird für die Gemeinde eine der finanziell anspruchsvollsten Änderungen im Bildungsbereich sein und es ist nichts Handfestes oder Strategisches dazu enthalten. Es sind noch andere Punkte vorhanden, zu denen in unseren Augen konkretere Massnahmen enthalten sein müssten.

Grossmehrheitlich wird die FDP-Fraktion teilweise zustimmend Kenntnis vom Konzept nehmen.

**Fraktionssprecher Ueli Witschi (SVP):** Die BDP-Fraktion begrüsst die strategisch ausgerichtete und konzeptionell auf die Bedürfnisse von Köniz abgestimmte Familienpolitik. Das vorliegende Konzept identifiziert aus unserer Sicht die richtigen Handlungsfelder und setzt innerhalb dieser auch vernünftige Ziele. Damit liegt das vorliegende Konzept auch in der Zielsetzung der BDP.

Die BDP-Fraktion wird jedoch nur teilweise zustimmend Kenntnis vom Konzept nehmen.

Dies aus folgenden Gründen: Wir vermissen die Griffigkeit des Konzepts. Was unter den einzelnen Handlungsfeldern als Massnahmen beschrieben ist, sind aus unserer Sicht eher Zielsetzungen. In der Zusammenstellung auf der letzten Seite des Konzepts ist ersichtlich, dass lediglich drei Massnahmen inhaltlich und kostenmässig einigermaßen griffig definiert sind. Der Rest ist courant normal. Man könnte aber daraus auch schliessen, dass die Verwaltung der Ansicht ist, dass das Wichtigste bereits aufgegleist und im Gange ist. In unseren Augen ist das Konzept eher eine Standortbestimmung als eine Zukunftsorientierung oder ein Vorwärtsschauen. Man hätte von den entsprechenden Stellen auch erwarten können, dass sie die eingangs gut zusammengestellte Analyse zur Situation der Familien in der Gemeinde Köniz stärker im Hinblick auf zukünftige Bedürfnisse interpretieren und als zukünftige Herausforderung antizipieren würde.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Auch die Fraktion der Grünen dankt dem Gemeinderat für die Erarbeitung des vorliegenden Konzepts. Es ist sehr viel gearbeitet worden und vor allem bereits vieles vorhanden, das die Gemeinde Köniz als kinder-, familien- und jugendfreundlich auszeichnet. Das Konzept ist brauchbar, eine gute Auslegeordnung, hilft Lücken zu schliessen und Massnahmen zu definieren. Das anerkennen und unterstützen wir.

Womit wir aber unsere liebe Mühe haben und das muss hier im Namen der Fraktion erwähnt werden, sind der Aufbau und die Darstellung des Konzepts. Schon in Teil A sind unnötige Doppelspurigkeiten vorhanden. Es ist nicht immer richtig klar, welche Schlussfolgerungen weshalb gezogen werden. So z. B. bei den Statistiken oder wie man genau zu den im Konzept aufgeführten Handlungsfeldern gelangt. Es scheint uns, wie wenn verschiedene Personen an diesem Konzept gearbeitet haben, ohne dass sich am Schluss die Mühe zu machen, alles in eine gute, stringente Form zu giessen.

Damit möchte ich Folgendes sagen: Das Konzept überzeugt formal nicht überall gut, inhaltlich aber schon. Schlussendlich sind für uns der Inhalt und vor allem die definierten Handlungsfelder und Massnahmen auf den letzten zwei Seiten im Anhang 1 entscheidend. Dies im Wissen, dass es sich hier um die ersten wenigen Massnahmen handelt, die – was wir hoffen – umgesetzt werden. Inhaltlich möchte ich zwei Aspekte herausgreifen, die der Fraktion der Grünen sehr wichtig sind: Gerade dann wenn die Finanzen knapp sind, müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Das ist in unseren Augen unter anderem die Frühförderung. Es ist entscheidend, dass früh – bereits im Vorschulalter – angesetzt wird und die Ressourcen von Familien und Kindern gezielt gefördert werden. Das heisst nicht, dass die Gemeinde alles leisten muss, sondern das geschieht in Zusammenarbeit mit allen in diese Richtung arbeitenden Organisationen. Das in den Massnahmen enthaltene Projekt "Schrittweise" geht in diese Richtung. Der Grosse Rat hat das überzeugende kantonale Konzept kurzschliesst und wir wünschen uns, dass die Gemeinde Köniz sich stärker mit diesem Konzept kurzschliesst, denn zum Teil werden die Begriffe unterschiedlich verwendet. Ein wichtiger Punkt sind in unseren Augen auch die Erfassung und die Begleitung von Jugendlichen im Übergang von der Schule zur Lehre oder einer anderen Anschlusslösung. Auch dort begrüssen wir die Massnahme 5.1 unter Ziffer 7 und 5.7 unter Ziffer 1. Auch die Massnahme 5.1 unter Ziffer 6 zur Frühförderung ist in unseren Augen sehr wichtig.

Uns fehlen aber gewisse Punkte. So z. B. der Link zur Willkommenskultur im Integrationsbereich, obwohl diese vielleicht teilweise mit dem Projekt "Schrittweise" zusammengehen könnte. Trotzdem: Die Situationsanalyse im Migrationsbereich, die in Punkt 5.7 bei den Jugendlichen genannt ist, ist genau so wichtig im Bereich Vorschule und sollte dort integriert werden. Unter den Massnahmen in Punkt 5 ist mit Ziffer 4 Freizeit, Kultur und Sport ein weiterer Punkt zu beachten: Bei allen neuen Bauprojekten ist darauf zu achten, dass die Spielplätze, die Aufenthaltsflächen, auch grössere Ballspielfelder, wirklich vorhanden sind. Auch das dient der Förderung von Kindern im Vorschulalter in ihrer nächsten Umgebung und ergänzt die öffentlichen Spielplätze. Wir hätten uns noch genauere Vorstellungen über die Organisation und das Funktionalisieren der Jugend- und Familienkonferenz gewünscht. Es handelt sich dabei um ein gutes Forum, das aber mehr sein soll als nur ein Zusammenkommen, Austausch und wieder gehen.

Insgesamt finden wir den Inhalt sehr wichtig und wir hoffen, dass die Gemeinde hier wirklich Schritte zur Umsetzung machen kann.

**Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (EVP):** Uns liegt ein Konzept vor, das einige geplante Wirkungsfelder im Bereich Kinder, Jugend und Familie aufzeigt. Gleichzeitig gewichtete der Gemeinderat auch, wie er dies angehen will. Das Konzept fasst ebenfalls viele ältere politische Vorstösse zusammen; Seite 8 ist relativ lang und zeigt, dass eine gewisse Brisanz vorhanden ist.

Zum Konzept selber: Inhaltlich wird nach einer Erfassung verschiedener Problemfelder ein breiter Katalog von Handlungsfeldern aufgezeigt, wo man in der Gemeinde Köniz familienfreundliche Politik betreiben will. Dazu ist der Umsetzungsplan für die nächsten drei Jahre am Schluss des Konzepts aufgeführt. Unsere Fraktion interessiert vor allem die Ansätze und wie dies umgesetzt werden soll. Wir haben jedoch nur bescheidene konkrete Ansätze gefunden. Das regte uns dazu an, die Verfasser rückzufragen. Zu den Massnahmen und deren Umsetzung haben wir lediglich folgende Antwort erhalten: Man wolle hier keine Beispiele aufführen, sondern im Konzept die Formulierungen bewusst offen halten, weil es sich um eine Rollende Planung handle. Wir hätten uns dies gerne etwas konkreter gewünscht. Wir nehmen jedoch zur Kenntnis, dass diese Form gewählt worden ist, weil damit vielleicht andere Anstosspunkte vermieden werden konnten. In Bezug auf den Weg, wie die gesellschaftlichen Prozesse aufgenommen werden können, hörten wir, dass regelmässige Kontakte mit den involvierten Vereinen und öffentlichen Stellen gepflegt werden sollen. Die Regelmässigkeit wird vermutlich jährlich sein, dazu haben wir aber nichts Genaueres erfahren. Schlussendlich wird noch die so genannte Familienkonferenz gegründet. Diese Felder sind in unseren Augen wichtig, wenn die Gemeinde am Ball bleiben will. Gerade wenn von einer Rollenden Planung die Rede ist.

Das Konzept wollen wir zur Kenntnis nehmen und als Fazit bleibt für die CVP/EVP/GLP-Fraktion die zustimmende Kenntnisnahme. Meine Ausführungen sind auf Schwerpunkte gefallen, die uns merkwürdig erschienen. Damit wollen wir das wertvolle vorliegende Papier nicht schlechtreden. Eine geschickte Planung muss aber auch in unseren Augen folgen, damit vieles hier im Konzept Angesprochene auch umgesetzt werden kann.

Gleichzeitig werden wir der Abschreibung des Postulats 0720 "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!" zustimmen. Damit wird das Thema von uns aber nicht abgehakt, sondern Kinder, Jugendliche und Familien werden hoffentlich in der Gemeinde Köniz stets ein zentrales Thema bleiben.

Eine Frage zum Verteiler des Konzepts: Ist dieses auf der Website der Gemeinde Köniz vorhanden?

**Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP):** Die SP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Konzept überhaupt nicht zufrieden. Wir werden vom Konzept mehrheitlich ablehnend Kenntnis nehmen. Was haben wir erhalten? In einem ersten Teil eine etwas wild zusammen gewürfelte Zusammenstellung von Definitionen und Zahlen; eine eigentliche Analyse fehlt jedoch. In einem zweiten Teil werden zwar Massnahmen vorgeschlagen, aber auch bei diesen handelt es sich in weiten Teilen um allgemein formulierte Nullaussagen, die keine klare Stossrichtung vorgeben. Die im Teil A zusammengestellten Definitionen und Zahlen sind zu einem grossen Teil offensichtlich eins zu eins aus dem Familienkonzept des Kantons Bern und aus den statistischen Berichten des Bundesamts für Statistik herauskopiert worden. Lobenswert ist immerhin, dass zu Beginn des Berichts zumindest die Quellen angegeben worden sind. Wenn man sich schon die Mühe nimmt und die Zahlen zusammenträgt, wäre es interessant, diese spezifisch bezogen auf die Gemeinde Köniz zu analysieren. Das wurde leider nicht gemacht. Man kann sich fragen, was eine solche oberflächliche Zusammenstellung überhaupt bringen soll.

Zu den vorgeschlagenen Handlungsfeldern im Einzelnen:

Thema Tagesstruktur in der familienergänzenden Kinderbetreuung: Hier finden wir bei den vorgeschlagenen Massnahmen eine schöne schwammige Formulierung "weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung". Kein Wort dazu, ob die zurzeit bestehende Wartefrist von drei bis vier Monaten eine gewünschte Zielgrösse ist oder ob hier Optimierungsbedarf besteht. Kein Wort auch zur Frage, was die Gemeinde unter einem bedarfsgerechten Ausbau versteht. Im Zusammenhang mit der Finanzierung wird die aktuelle politische Diskussion um Betreuungsgutscheine thematisiert und die Formulierung bei den vorgeschlagenen Massnahmen und Beurteilung der Massnahmen liest sich fast so, als ob die Betreuungsgutscheine bereits beschlossene Sache sind. Damit habe ich Mühe, weil die politische Diskussion über die Einführung von Betreuungsgutschriften in der Gemeinde Köniz erst noch zu führen sein wird. Ob wir zum gleichen Ergebnis gelangen werden wie die Stadt Bern,

ist heute noch nicht bekannt. Was mich im Rahmen dieses Konzepts interessiert, ist was – wie im Konzept erwähnt – konkret an der heutigen Organisation, an den heutigen Strukturen und der Finanzierung nicht adäquat und nicht zeitgemäss ist. Dazu sind keine konkreten Aussagen vorhanden.

Thema Ferienbetreuung: Wir sind froh, dass der Handlungsbedarf in diesem Bereich dem Grundsatz nach anerkannt wird. Die SP-Fraktion und die Fraktion der Grünen haben an der letzten Sitzung das Postulat 1217 "Kinderbetreuung während der Ferien" eingereicht. Tatsächlich entspricht die Ferienbetreuung einem grossen Bedürfnis. Kürzlich nahm eine Elterngruppe eine flächendeckende Umfrage bei Eltern vor, die ihre Kinder in einer Könizer Kita betreuen lassen. Die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: 130 Familien haben angegeben, dass sie an einer Betreuung während der Schulferien interessiert sind. Wenn man davon ausgeht, dass pro Familie durchschnittlich 1,5 Kinder zu betreuen sind, macht das total 195 zu betreuende Kinder. Ich habe meine Zweifel, ob die im Konzept in Aussicht gestellten 60 Ferienbetreuungsplätze genügen werden. Erwartet hätte ich in diesem Konzept auch etwas konkretere Vorstellungen dazu, wann für welche Ferienwochen und wo diese Betreuung konkret umgesetzt werden soll. Kein Wort dazu im Konzept. Ich hoffe und erwarte, dass wir hier bei der Beantwortung des vorhin erwähnten Vorstosses Konkretes zu lesen erhalten. In diesem Zusammenhang würde ich es sehr begrüßen, wenn die Vertretungen der Elterngruppen und die Postulantin von der Verwaltung begrüsst und angehört werden, weil damit wichtige Inputs einfließen könnten.

Zu den Themen Frühförderung und Begleitung von Jugendlichen vom Schulaustritt bis zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit findet sich nichts Konkretes im Konzept. Keine Aussage zu konkreten möglichen Massnahmen, ausser allgemein formulierten Leitsätzen, und auch keine Zielvorstellungen.

Thema Basisstufe: Auch dazu fehlt mir ein klares Statement, ob die Gemeinde den Ausbau der Basisstufe vorantreiben will oder nicht. Nachzulesen ist nur, dass eine flächendeckende Einführung in der Gemeinde Köniz in den nächsten Jahren wohl nicht möglich sein werde. Das obwohl die Erfahrungen mit den beiden Versuchsklassen sehr positiv sind. Auch hier: Keine einzige Massnahme im Konzept. Das ist enttäuschend für uns.

Thema Lebensräume für Familien: Wieder schön formulierte Leitsätze, aber wenig Konkretes und, was mich etwas erstaunt: Die Spielplätze werden nicht erwähnt.

Thema Gesundheit: Auch hier bleibt es bei wenig verbindlichen Allgemeinplätzen. Gefordert werden zwar die Erhaltung und Förderung von ausreichenden Sport- und Bewegungsangeboten. Wie konkret das aber geschehen soll: Wieder nichts. Auch kein Wort zum überwiesenen Vorstoss "Open Sunday - Midnight Sports".

Fazit: Viel heisse Luft, leider wenig Konkretes. Das Konzept bringt so nicht viel bis gar nichts. Es bleibt einzig zu hoffen, dass wenigstens der Prozess, der mit der Erarbeitung eines solchen Konzepts gemacht wird, in der Verwaltung etwas bewirkt hat und der ganze Aufwand nicht für nichts sein wird.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Auch wenn das Konzept zuletzt nun sehr kritisch betrachtet worden ist, möchte ich Ihnen herzlich für die gute Aufnahme des Geschäfts danken. Allen die dies anders sehen: Ich habe den kritischen Voten gut zugehört. Bereits anlässlich der Medienorientierung über das vorliegende Konzept habe ich festgehalten, dass es sich dabei nicht um einen grossen Wurf handelt. Ich habe aber auch festgehalten, dass die Gemeinde Köniz in diesem Bereich nicht bei Null beginnt. Man muss nun nicht so tun, als ob in der Gemeinde nichts dergleichen vorhanden wäre. Die Gemeinde Köniz steht in zwei Ratings mit den höchst möglich zu erreichenden Punktzahlen sehr gut da. Das Konzept wurde auf Verlangen des Parlaments aufgrund diverser Vorstösse ausgearbeitet. Das Konzept beinhaltet – wenn man es genau liest – eine Analyse, mit welcher konstatiert wird, was unseren Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde noch fehlt, welches die grossen Bedürfnisse sind, die wir angehen wollen. Wir haben drei Bedürfnisse ins Konzept aufgenommen: Die fehlende Ferienbetreuung, deren Bedürfnis wir anerkennen. Die Früherkennung, welche einen ganz wichtigen Teil bedeutet. Aus gemachten Erfahrungen heraus konnten wir hier lernen, d. h. aus dem Primano Bern oder dem Projekt von Ostermundigen.

An die Mitglieder der SP-Fraktion: Sehr gerne hätte ich in diesem Bereich mehr gemacht als das Vorliegende. Der Gemeinderat hat das Konzept erarbeitet und er musste bei der Beratung dessen sehr darauf achten, was finanziell möglich ist und wenn ja, ob dies dann längerfristig angeboten werden kann. Anna Mäder hat erklärt, dass Ferienbetreuungsplätze für 195 Kinder gewünscht sind. Der Gemeinderat muss entscheiden, ob dieser Wunsch finanzierbar ist oder nicht. Ebenfalls wurde festgehalten, dass zur Basisstufe kein klares Statement im Konzept enthalten ist. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat das Parlament im Bildungsreglement die rechtli-

chen Grundlagen für die Einführung der Basisstufe geschaffen. Soll ich nun im Konzept festhalten, wie dies im Detail aussieht, wenn noch nicht bekannt ist, ob der Kanton zusätzliche Basisstufen überhaupt bewilligt? Die DBS hat eine Vorgehensstrategie ausgearbeitet, die jedoch dem entsprechen muss, was der Kanton bewilligt.

Elisabeth Rüeeggger hat erwähnt, dass im Konzept nichts für die Unterstützung und Stärkung der Eigenverantwortung enthalten ist. Im Konzept ist auf Seite 18 der Leitsatz enthalten: "Köniz setzt auf die Stärken der Einwohnerinnen und Einwohner, mit Unterstützung und Stärkung der Eigenverantwortung". Das auch an die Adresse der FDP-Fraktion.

Vieles ist gesagt worden. Das vorliegende Konzept ist nicht das erste, das kritisiert wird. Die Konzepte in den Bereichen Alter und Integration sind ebenfalls kritisiert worden. Die Schwerpunkte werden je nach politischer Couleur jeweils anders gesetzt. Das war auch der heutigen Diskussion zu entnehmen. Dem Gemeinderat war wichtig, zu schauen was der Kanton vornimmt. Das Konzept Frühförderung im Kanton Bern wurde vom Grossen Rat verabschiedet. In Bezug auf die Finanzen sind wir in diesem Bereich – wenn wir die Wünsche nicht selber finanzieren wollen – stets vom Kanton abhängig.

An dieser Stelle möchte ich Christian Roth und Christoph Salzmann für die Prüfung des Geschäfts danken, denn sie mussten dafür den Aufwand auf sich nehmen und mich im Rathaus in Bern aufsuchen.

Ich werde Ihre Entscheidung heute zur Kenntnis nehmen und bin offen für Anregungen. In Bezug auf die Familienkonferenz: Ich gehe davon aus, dass diese ca. viermal pro Jahr tagen wird.

**Bernhard Bichsel (FDP):** In Bezug auf die Basisstufe vermissen wir im Konzept, dass die Strategie für die künftige Umsetzung nicht ersichtlich ist. Uns ist durchaus bewusst, dass das Bildungsreglement die rechtliche Grundlage ist. Wir wünschten keine konkrete Massnahmenliste zur Basisstufe. Wie aber der Rollout vorgenommen wird, vor allem im Hinblick auf die finanziellen Impacts auf die Gemeinde, scheint ein zentrales Thema zu sein. In Bezug auf die Eigenverantwortung hat Gemeinderat Ueli Studer gesagt, dass diese im Konzept aufgeführt ist. Es handelt sich jedoch um einen kleinen Absatz innerhalb 40 Seiten. Dieses Thema dürfte aber in meinen Augen etwas stärker gewichtet werden. Handelt es sich bei der zuhinterst aufgeführten Tabelle "Massnahmen und Umsetzungsplanung" um die genaue Umsetzungsplanung oder wird diese noch konkretisiert?

**Anna Mäder (SP):** In Bezug auf die Basisstufe kann ich mich den Worten von Bernhard Bichsel anschliessen. Auch ich habe festgestellt, dass das Bildungsreglement die rechtliche Grundlage ist. Ich finde im Konzept aber kein Wort darüber, dass nun umgesetzt wird. Gemeinderat Ueli Studer hat vorhin den Zusammenhang mit dem Kanton Bern hergestellt. Das tue ich nun auch: Uns wird ein Konzept mit schön formulierten Leitsätzen vorgelegt und gleichzeitig reicht Gemeinderat Ueli Studer einen Vorstoss unter dem Titel "Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe" ein, mit dem verlangt wird, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe auf 90 Prozent der SKOS-Richtlinien beschränkt werden soll. Gemeinderat Studer wird verstehen, dass hier eine gewisse Skepsis vorhanden ist, ob das so schön Formulierte tatsächlich umgesetzt wird.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Anna Mäder: Ich bin von der Stimmbevölkerung als Mitglied in den Grossen Rat von Bern gewählt worden und habe als solches den von ihr angeführten Vorstoss im Grossen Rat eingereicht. Ich bin mir bewusst, dass damit ein sehr heikles Thema aufgegriffen wird. Wenn nun das Einreichen dieses Vorstosses der SP-Fraktion den Glauben für die Umsetzung des Konzepts nimmt, muss ich fragen: Was haben Sie in den letzten 9 Jahren geglaubt? Wer setzte sich sehr für die Sozialpolitik in der Gemeinde Köniz ein? Ich wehre mich dagegen, dass aufgrund dieses Vorstosses nun alles infrage gestellt wird. Weiter will ich darauf nicht eingehen. Dass man sich in diesem Bereich Gedanken macht, ist in meinen Augen aber gut.

Zur Planung der Basisstufe: Ich muss hier festhalten, dass ein Festhalten dieser Planung im Konzept bedeutet hätte, dass damit etwas festgehalten worden wäre für das noch keine Strategie vorhanden ist. Der Kanton gibt vor, wann er weitere Basisstufen-Klassen eröffnen will. Ein einziger Fixpunkt wurde vorgegeben: Die beiden Versuchsklassen – Niederscherli und Buchsee-Köniz – können weitergeführt werden. Auf diese Bestätigung hin hat die Gemeinde Köniz beim Kanton umgehend ein Gesuch für den Weiterausbau der Basisstufe eingereicht. Die Planung wird dahingehend gestaltet, dass in jeder Schulanlage für die Basisstufe Platz vorhanden sein wird. Sie hätten gerne gewusst, wo genau die Einführung von weiteren Basisstufen-Klassen geplant ist. Das kann ich Ihnen heute aber nicht bekanntgeben. Der Kanton sieht die Eröffnung von 40 Basisstufen-Klassen vor. Er ist im Grossen Rat den Kompromiss eingegangen, dass die ländlichen Teile für die Einführung von Basisstufen-Klassen bevorzugt wird, damit

dort Klassen erhalten bleiben können. In der Gemeinde Köniz gibt es zurzeit zwei Basisstufen-Klassen und der Gemeinderat sieht die Einführung weiterer Klassen vor, muss sich aber nach dem Kanton richten.

Zu Bernhard Bichsel, der nach der Umsetzung von Massnahmen fragte: Die von ihm erwähnten drei Massnahmen – für welche die finanziellen Mittel eingestellt sind – werden angegangen. Der Rest wird laufend angegangen. Ich werde dem Gemeinderat laufend Geschäfte aus der Strategie der DBS vorlegen. Es ist jedoch schwierig, Ihnen mit dem vorliegenden Papier ein Definitivum abzugeben. Es handelt sich um ein rollendes Konzept, in welches immer wieder Projekte aufgenommen werden.

---

### **Beschluss**

1. Das Parlament nimmt Kenntnis vom Konzept Kind – Jugend – Familie vom 19. Oktober 2012 für eine vernetzte, kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinde Köniz.
  2. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung erfolgt.
- (abgegebene Stimmen: 18 für zustimmende Kenntnisnahme, 11 für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 8 für ablehnende Kenntnisnahme)
- 

### **6. 0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!"** Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Hugo Staub (SP):** Vor uns liegt der Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats. Einige Punkte möchte ich rekapitulieren: Das Postulat wurde im August 2007 eingereicht und im Februar 2008 erheblich erklärt. Im März 2010 wurde der Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist – wo uns mitgeteilt wurde, dass hier kein separater Bericht abgegeben wird, sondern das Postulat im Rahmen des vorhin beratenen Konzepts Kind, Jugend und Familie behandelt wird – bis Februar 2012 vom Parlament bewilligt. Anlässlich der Januarsitzung 2012 wies Gemeinderat Ueli Studer darauf hin, dass die gewährte Frist nicht eingehalten werden kann. Im Mai 2012 stellte der Gemeinderat Antrag auf Abschreibung, obwohl das Konzept noch nicht vorlag. Er stellte dieses auf die August-Sitzung in Aussicht. Das Parlament stimmt dem Abschreibungsantrag nicht zu. Im Dezember 2012 sind von den 23 ursprünglich Unterzeichnenden noch 11 im Parlament. Nun, 58 Monate nach der Erheblicherklärung, wollen wir die Geschichte abschliessen.

Nach der Rekapitulation zur Kapitulation: Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung zustimmen. Aus der vorherigen Diskussion ist klar, dass wir dies nicht deshalb tun, weil wir befriedigt über das vorliegende Ergebnis sind, sondern weil wir keinen anderen Weg als die Abschreibung sehen. Hinter dem Ganzen steckt eher Enttäuschung.

Das Postulat wollte die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts "für eine institutionalisierte Tagesbetreuung für Kinder ab fünf Monaten bis 16 Jahre". Offenbar bestehen sehr unterschiedliche Meinungen, was ein Konzept überhaupt ist. Gemäss unserer Auffassung soll ein Konzept konkreter sein als das uns hier vorliegende. Wir hätten gerne Antworten auf Fragen gehabt, wie z. B. wo wir überhaupt in Bezug auf die institutionalisierte Tagesbetreuung stehen. Wohin wir wollen und dies vielleicht räumlich differenziert. In der oberen Gemeinde, im Wangental oder im Zentrum sind nicht dieselbe Ausgangslage und derselbe Handlungsbedarf gegeben. Weiter möchten wir gerne wissen, welche Massnahmen umgesetzt werden, welche Ressourcen dafür notwendig sind, welche Partner vorhanden sind, wer was dazu beitragen kann, welche Prioritäten gesetzt werden, wer wann was entscheiden muss. Zum Thema des vorliegenden Postulats sind im Konzept drei Spalten enthalten, was nicht unserer Bestellung entspricht. Besonders irritierend ist ein Abschnitt: "Im Hinblick auf das sich verändernde Umfeld drängt es sich auf, die heutige Organisation, die Strukturen und das Finanzierungssystem im Kinderbetreuungsbereich zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen." Genau dieser Meinung war das Parlament und erklärte deshalb das Postulat erheblich. Wir fragten uns deshalb, ob man nicht will, nicht kann oder nicht wollen darf. Wir halten hier auch fest, dass wir keine Freude an der Sanierung des Lernschwimmbeckens Niederwangen hatten, weil für das Schulschwimmen damals kein Konzept vorlag. Ernüchtert mussten wir feststellen, dass der Jugendtreff im Liebfeld scheinbar ohne Konzept realisiert wurde und heute von der Jugend kaum benutzt wird. Mit dem Konzept Kind – Jugend – Familie sind wir nicht viel glücklicher als mit den nicht vorhandenen. Die SP-Fraktion wird der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung jedoch zustimmen.

---

**Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

**7. 0826 Postulat (Grüne) "Minergie-P oder besser"**

Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Jan Remund (Grüne):** Ich erkläre mich vom Resultat meines "Postulats" zufrieden. Der Vorstoss wurde als Motion eingereicht, als Postulat überwiesen und als Motion umgesetzt. Ich bin zufrieden, dass der Gemeinderat die Vereinbarung zum Gebäudestandard unterzeichnet und eine entsprechende Weisung realisiert hat. Die Abschreibung ist deshalb die logische Folge und die Fraktion der Grünen wird der Abschreibung einstimmig zustimmen.

Allerdings bringe ich zwei Kritikpunkte an: Auch hier dauerte der Entscheid des Gemeinderats bis zur Unterzeichnung des Energiestandards sehr lange. Der Vorstoss wurde 2008 überwiesen und die Gemeinde hat seitdem wiederholt Land im Baurecht – Areal Dreispitz oder Rappentöri – abgegeben oder Architekturwettbewerbe durchgeführt, ohne den Postulats-Forderungen nachzukommen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass im Gebäudestandard der Minergie-P-Standard nur "angestrebt" wird, was in unseren Augen eine schwammige Zielformulierung ist.

Zwei Punkte, die bisher in der Gemeinde noch nicht vorhanden sind, gefallen mir an der Weisung: "Der Betrieb erfolgt mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen" oder "die graue Energie wird berücksichtigt".

Die Einführung des Gebäudestandards 2011 ist sicher ein kleiner – aber wichtiger – Schritt der Gemeinde in Richtung Nachhaltigkeit und Energiewende.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Was erstaunlich lange währt, wird endlich sehr gut. Damit ist vieles schon gesagt. Einige Punkte, die ich erwähnen möchte: Erstens wurde dieser sehr gute Vorstoss der Grünen 2008 eingereicht. An der Parlamentssitzung vom November 2010 lag der Antrag des Gemeinderats auf Verlängerung der Erfüllungsfrist vor. Schon damals habe ich nicht wirklich verstanden, weshalb die Erfüllungsfrist verlängert werden soll, weil schon zu diesem Zeitpunkt genügend Gründe vorlagen, das Vorhaben rasch in die Tat umzusetzen. Auch aus der uns heute vorliegenden Antwort des Gemeinderats ist kein Hinweis zu entnehmen, dass die Verlängerung der Erfüllungsfrist effektiv irgendeinen Nutzen gehabt hätte. Nun ist genug genörgelt, die Antwort des Gemeinderats und die bereits in die Tat umgesetzte Inkraftsetzung der notwendigen Weisung zeigen, dass der Weg in die richtige Richtung geht. Die Gemeinde hat den Entscheid, künftig auf Minergie-P-eco zu setzen, der Öffentlichkeit am 23. November 2012 kommuniziert. Die SP-Fraktion begrüsst diesen Entscheid ausdrücklich. Er ist konsequent, ökologisch und untermauert den Anspruch der Gemeinde Köniz, eine Goldlabel-Energiestadt zu sein, die Worten Taten folgen lässt. Drittens hat die SP-Fraktion einen Wunsch: Der Gemeinderat denkt vor allem an Neubauten, an Gesamtsanierungen, an die Abgabe von Land im Baurecht. Das ist gut und entspricht der heutigen Politik. Sollte dieser Konsens jedoch einmal infrage gestellt und Land im Besitz der Gemeinde verkauft werden, ist es Wunsch der SP-Fraktion, vertraglich sicherzustellen, dass der Minergie-P-eco-Standard auch für allfällige Käufer Gültigkeit haben soll.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Das die Erfüllung dieses Vorstosses so viel Zeit brauchte, hat auch Vorteile. Wäre dieser Vorstoss im 2010 zur Abschreibung vorgelegt worden, hätte damals der Gebäudestandard 2011 noch nicht vorgelegen. Der Gebäudestandard 2011 geht weiter als das sture Beharren auf Minergie- oder Minergie-P-eco-Standard. In meinen Augen ist der Gebäudestandard 2011 der viel bessere Weg, weil er Minergie beinhaltet, aber – wie richtig festgestellt worden ist – auch wesentliche andere Punkte wie Energieerzeugung, Elektrizität usw. Dieser Weg ist in meinen Augen nachhaltiger und deshalb bin ich froh, dass damals der Antrag für die Verlängerung der Erfüllungsfrist gestellt wurde. Bei der damaligen Beantragung fokussierten wir uns auf die gemeindeeigenen Gebäude. Ich bin jedoch der Meinung, dass der Gemeinderat den Beweis erbracht hat, der neuen Weisung in allen Teilen nachzuleben. Ich bitte Sie, der beantragten Abschreibung des Postulats zuzustimmen.

---

**Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---



## 8. 1209 Motion (SP, GLP, Grüne) "Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Ruedi Lüthi (SP):** Es befriedigt mich festzustellen, dass der Gemeinderat unser Anliegen unterstützt und dem Parlament die Motion erheblich zu erklären.

Auch ich will kein umfangreiches unlesbares Konzept, sondern wie der Gemeinderat, ein effizientes rollendes Planungsinstrument für die Finanz-, die Sportinfrastruktur- und die Bewegungsplanung, wie bereits im Vorstosstext formuliert. Das Konzept soll Grundlage für eine zuverlässige Planung sein, damit möglichst wenige unvorhergesehene Überraschungen entstehen, wie z. B. der Antrag für den Kauf der Eisbahnanlage Schwarzwasser, wofür die Mittel andernorts eingespart werden mussten. Mit einer Bedarfsplanung hätten schon damals rechtzeitig die entsprechenden Mittel für den Kauf dieser Anlage eingestellt werden können.

Da die Gemeinde über die Fachstelle Anlagen und Sport verfügt, ist es nicht erstaunlich, dass viele Grundlageninformationen vorhanden sind. Die Motion schreibt nicht vor, wie für die Konzepterstellung vorzugehen ist; das wissen die Experten besser. Die Motion beauftragt, was erstellt werden soll. Wenn die Stadt Bern und die Gemeinde Worb ein effizienteres Vorgehensmodell verwendet als andere Gemeinden, ist es sicher sinnvoll, dieses in der Gemeinde Köniz zu benützen.

In der Antwort des Gemeinderats wird verstärkt auf die Kosten für die Konzepterstellung hingewiesen. Das Konzept wird für die Gemeinde jedoch mittel- oder langfristig Kosteneinsparungen bringen, weil es auch für die Ortsplanungsrevision von Nutzen und Grundlage für die generelle Planung sein kann. Diversen Verwaltungsberichten ist zu entnehmen, dass die Revision für die aus den Achtzigerjahren stammende Verordnung über die Benutzung der Sportanlagen totalrevidiert werden muss. Wichtig ist, dass das Konzept Massnahmen für die Schaffung von möglichem Bewegungsraum in den Quartieren berücksichtigt. Es handelt sich um Raum, der für die Ausübung von Trendsportarten – Streetball, Streetsoccer, Frisbee, Skateranlagen, usw. – zur Verfügung steht. Dafür ist nicht die Realisierung von grossen Stadien oder Hallen notwendig.

Fazit: Ich bin mit dem Vorgehen des Gemeinderats einverstanden, dass auf bereits Vorhandenes zurückgegriffen wird, dass Schwerpunkte auf Massnahmen gesetzt werden, die Gewichtung, den Zeithorizont und eventuelle Finanzierungen. Mit der Erheblicherklärung der Motion öffnen wir die Türe für eine effiziente Umsetzung des Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzepts für die Gemeinde Köniz.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ruedi Lüthi hat vorhin erwähnt, dass die für den Kauf der Eisbahnanlage Schwarzwasser notwendigen Mittel andernorts eingespart werden mussten. Diese Aussage ist nicht richtig. In der damaligen Diskussion war dem Parlament wichtig zu wissen, dass die für den Kauf der Eisbahnanlage Schwarzwasser notwendigen Mittel nicht andernorts eingespart werden.

**Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne):** Weshalb ein Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept in der Gemeinde Köniz? Gesundheit und Bewegung sind in verschiedensten Konzeptpapieren der Gemeinde Köniz ein zentrales Anliegen. Die zwölftgrösste Gemeinde der Schweiz hat hier sicher Bedarf für eine Übersicht über die Tätigkeiten und Anlagen. In der urbanen und ländlichen Gemeinde Köniz ist eine Vielzahl an Möglichkeiten für Freizeit und Sport vorhanden: Schiessstände, Reitsportanlage, Kletterwände, Frisbee-Anlagen, Sporthallen, Bikerstrecken, Schwimmbäder, Hornusser-Anlagen, Spielplätze, etc. Das Angebot ist sehr breit und ich halte fest, dass ich den Überblick nicht habe. Will man die Gesundheit und den Sport fördern, muss man aber wissen, was gefördert werden kann.

Die zahlreich bestehenden Sportvereine sind letztlich das Rückgrat der Sportförderung in der Gemeinde Köniz. Hier ist nicht die Gemeinde in der Hauptverantwortung, sondern die Vereine, die die Anlagen letztlich nutzen. Die Gemeinde hat hier eine unterstützende Funktion.

Der Gemeinderat unterbreitet uns einen Vorschlag, wie er die Motion umzusetzen gedenkt. Wir freuen uns, dass er gewillt ist, die Motion umzusetzen und ich hoffe, die Parlamentsmitglieder sehen das auch so. Keine grosse Konzeptarbeit, sondern das Ergreifen von Massnahmen ist wichtig, sagt der Gemeinderat. In der Gemeinde Gossau wurde kürzlich ein GESAK (Gemeindeparkanlagenkonzept) verabschiedet. Wichtig ist die Feststellung, dass die Gemeinde Köniz für die Erarbeitung des Konzepts nicht bei Null starten muss. Aus dieser Sicht unterstütze ich die Absicht des Gemeinderats, keine Erarbeitung einer umfangreichen Studie zu starten. Nichtsdestotrotz muss er sich auf in der Gemeinde bestehendes, wie auf das Wissen des BASPO beziehen.

Der Kauf der Eisbahnanlage Schwarzwasser war teuer. Die Nutzung der Anlage verläuft in der Wintersaison aus meiner Sicht sehr gut, der Bedarf ist vorhanden. Mittelfristig wird die Eisbahn zusätzliche Kosten zur Folge haben. Im Hinblick auf die Zwischen- oder Sommersaisons ist eine bessere Auslastung vonnöten. Die Eisbahn ist zurzeit nicht energieeffizient, eine Überdachung der Anlage wird sich früher oder später aufdrängen. Ich nehme dies als Beispiel dafür, dass in diesem Bereich konzeptionelle Arbeit notwendig ist. Im IAFP ist in meinen Augen die Kostenzusammenstellung für die Sanierung von Sportanlagen zu wenig klar dargelegt.

Wir erwarten von der Motion, dass eine klarere Übersicht über das bestehende Angebot vorhanden sein wird. Auf der Website der Gemeinde Köniz ist auch einiges enthalten, aber in meinen Augen etwas zu exemplarisch. Die Klärung der Transparenz der Geldflüsse, wie viel, wohin und weshalb, ist wichtig.

Wir freuen uns am Vorgehen des Gemeinderats und hoffen, das Parlament wird mittun. Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung der Motion zustimmen.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Konzepte sind etwas Schönes. Man kann relativ unverbindlich einige Gedanken zu Papier bringen. Aus grosser Flughöhe können Pläne entworfen werden, usw. Weshalb nicht ein Konzept über Bewegungsräume, usw. erstellen? Für die Planer ist diese Arbeit schön, befriedigend und finanziell sicher lohnend. Die BDP-Fraktion ist einhellig der Auffassung, dass die Gemeinde über die notwendigen Grundlagendaten verfügt, wenn es darum geht, neue Anlagen zu planen und zu finanzieren. Dazu müssen nicht 100'000 Franken für die Erstellung eines Konzepts ausgegeben werden. Die vor kurzem geführte Diskussion über das Langsamverkehrskonzept lässt grüssen. Heute Abend haben wir bereits über ein Konzept diskutiert.

Die BDP-Fraktion wird die Motion über das "Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept" einstimmig ablehnen.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat vor allem für die positive Antwort auf das Anliegen, aber auch für die Möglichkeit, das Allgemeinwissen bei der Parlamentsarbeit zu erweitern. NASAK, KASAK, GESAK sind alles Abkürzungen, auf die ich sonst nie gestossen wäre. Die beiden ersten sind Abkürzungen für das Nationale und das kantonale Sportanlagenkonzept. Wir beraten hier das Gemeinde-Sportanlagenkonzept. Vergleicht man die im Bericht erwähnten Konzepte von Bern und Kriens, ist ein relativ grosser Unterschied in Bezug auf den Umfang ersichtlich. Es fällt schwer zu glauben, dass jenes von Bern lediglich 20'000 bis 30'000 Franken kostet. Beide sind jedoch gute Beispiele, damit die richtige Vorgehensweise für unsere Gemeinde bestimmt werden kann. Unsere Fraktion sieht die Vorteile eines solchen Strategiepapiers, geht mit dem Gemeinderat einig, dass die Kosten für ein solches Vorhaben im Rahmen gehalten werden müssen und deshalb ein realitätsbezogenes und kompaktes Konzept zu einem vertretbaren Preis entstehen soll. Wir sind überzeugt, dass mit weniger, aber tiefer gehenden Analysen eine Planung erstellt und der Handlungsbedarf eruiert werden können. Vor allem wenn Fachpersonen der Gemeinde und der Sportvereine mit einbezogen werden.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird die Motion erheblich erklären.

**Fraktionssprecherin Anita Moser Herren (FDP):** Die FDP-Fraktion wird die Erheblicherklärung der Motion ablehnen.

In unseren Augen ist kein Konzept notwendig, vor allem kein teures. Die Gemeinde Köniz verfügt bereits über genügend Daten und kann sie mit eigenen Ressourcen und ohne Fremdkosten auf der Grundlage von bestehenden Fakten zusammenführen. Die Gemeinde Köniz gilt als sportfreundlich und sollte dem weiterhin Rechnung tragen. Es gilt insbesondere den Breitensport zu fördern. Die Vereine leisten einen enormen kostengünstigen Beitrag an die Integration von Jugendlichen und fremdsprachigen Eltern sowie an die Gesundheitsförderung.

Die FDP-Fraktion ist zudem der Meinung, dass die Antwort und der Antrag des Gemeinderats nicht kongruent sind. Es ist allerdings kein Geheimnis, dass bei der Bewirtschaftung der Sportanlagen eklatante Mängel vorhanden sind. Als Beispiel führe ich den FC Wabern an: Der Verein besteht bereits seit über 30 Jahren und hat über 300 Mitglieder – davon sind 200 Juniorinnen und Junioren –, verfügt nach wie vor über kein eigenes Fussballfeld und muss sich mit den kleinen Rasenplätzen bei den Waberer Schulanlagen zufrieden geben. Bei der grossen Anzahl an Aktivmitgliedern genügen diese bei weitem nicht. Der FC Wabern möchte auf dem Hauptfeld der Lerbermatt ab Frühling 2013 zwei Abendtrainings pro Woche durchführen. Dieses Feld ist am Abend ungenutzt. Die Gemeinde sollte nun endlich das ausserschulische Nutzungsrecht durchsetzen, das sie dem Kanton gegenüber als Gegenrecht zum unentgeltlichen Baurecht in

der Lerbermatt hat. Ich hätte heute Abend gerne eine Antwort des Gemeinderats auf dieses Problem. Sie sehen, mit welchen Problemen sich die Vereine im Breitensport mit der Gemeinde herumschlagen müssen. Ein Konzept hilft hier gar nichts.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich stelle eine gespaltene Haltung des Parlaments zu diesem Vorstoss fest. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Gemeinde Köniz nicht mit Bern vergleichbar ist, weil Bern über ein eigenes Sportamt verfügt. Das Sportamt der Stadt Bern erarbeitet Konzepte für Sportanlagen. In der Gemeinde Köniz sind sämtliche Sportanlagen den Schulen angehängt alle zur Verfügung stehenden Rasenfelder werden durch die Schulen genützt, was sich bis anhin bewährt hat. Im Fussball ist gut ersichtlich, dass nach Welt- oder Europameisterschaften jeweils ein grosser Zulauf bei den Vereinen vorhanden ist, was dann grosse Probleme bei der Infrastruktur zur Folge hat. In Bern stehen einige Rasenfelder nur den Sportvereinen zur Verfügung.

Zur Frage von Anita Moser Herren in Bezug auf die ausserschulische Benützung des Lerbermatt-Rasenfeldes: Wir sind zurzeit in Verhandlungen mit dem Kanton und waren dies bereits mehrmals. Ich garantiere heute nicht, dass wir zu einem positiven Abschluss gelangen. Ich bin mir aber den Nöten des FC Wabern und anderer Sportvereine bewusst.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, der Erheblicherklärung der Motion zuzustimmen.

---

### Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen. 19 für Erheblicherklärung, 18 dagegen)

---

### 9. 1211 Interpellation (SP, Köniz) "Problematische Praktikums-Kultur in KITAS?"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Christoph Salzmann (SP):** Ich verlange Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird Diskussion gewährt.

**Christoph Salzmann (SP):** Gemäss den neuesten Zahlen aus den überbetrieblichen Einführungskursen zur Fachfrau/Fachmann Betreuung Schwerpunkt Kind, haben von 202 Lernenden deren 178 – oder 88 Prozent – vor Lehrbeginn ein einjähriges Praktikum absolvieren müssen, 60 sogar ein zweijähriges. Wie viele trotz zwei, drei oder mehr Jahren Praktikum in diesem Bereich keine Lehrstelle finden, ist unbekannt. Die Dunkelziffer wird hoch sein. Bei der kibe Region Köniz sind neun Praktikumsstellen vorhanden, Lehrstellen aber deren vier pro Jahr. Das ist ein Skandal und ein Ausnützen von jungen Frauen, die in der heiklen Phase der Berufswahl so auf ihre pubertären Berufswünsche fixiert bleiben. Die Oda Soziales Bern (Organisation der Arbeitswelt Soziales Kanton Bern), die sich mit der Berufsbildung beschäftigt, wird sich diesem Thema 2013 intensiv widmen. Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort auf die Interpellation, insbesondere danke ich den Herren Dardel und Neiger von der Fachstelle Alter, Jugend und Integration (FAJI), die sich zur Klärung dieser Frage mächtig ins Zeug gelegt haben.

Aus der Antwort entnehme ich, dass beim Kanton die linke Hand nicht weiss was die rechte tut. Die Erziehungsdirektion verfolgt die Strategie der Förderung eines Direkteinstiegs in die Berufsbildung und die GEF stellt demgegenüber aber Normkosten auf, die das Gegenteil bewirken. In der Gemeinde Köniz bleiben die Hände offenbar ruhig im Schoss der DBS, die Bildung und Soziales unter einem Dach vereint. Jetzt soll etwas gehen und dafür danke ich.

Gemäss Art. 18 Abs. 2 des ASIV wird von Betreuungspersonen ohne pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung für die Absolvierung eines Praktikums Erfahrung und Grundkompetenzen im Umgang mit Kindern verlangt. Soll mir doch jemand sagen, dass 16-jährige Jugendliche über solche Erfahrungen verfügen. Das wirft einmal mehr ein schlechtes Licht auf die Leitung der kibe Region Köniz und es fragt sich auch, wie die DBS und die GEF ihre Aufsicht in dieser Hinsicht wahrgenommen haben. Ich bin nicht zufrieden mit der bestehenden Situation, erkläre mich jedoch von der Interpellationsantwort als befriedigt, weil daraus doch hervorgeht, dass die Abteilung sensibilisiert ist. Ich werde mir vorbehalten, in einem Vorstoss zu fordern, dass Jugendliche unter 18 Jahren nur ein Praktikum absolvieren dürfen, wenn dies betreut ist; sei dies in einer Vorlehre, in einem Motivationssemester oder im Juveso (Berner Sozialjahr). Vorher werde ich mit der FAJI Kontakt aufnehmen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

## 10. 1212 Interpellation (SP, Köniz) "Folgen eines Systemwechsels in der Finanzierung von Kita-Plätzen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Ruedi Lüthi (SP):** Die Fragen zur Interpellation sind beantwortet worden und ich erkläre mich davon befriedigt.

Ein Punkt scheint mir allerdings etwas merkwürdig: Unter dem Titel "Grundsätzliches" hält der Gemeinderat fest, dass die vorliegenden Fragestellungen bzw. Antworten teilweise hypothetisch sind. Wer heute den diversen Diskussionen zugehört hat, stellt fest, dass diese nicht hypothetisch sind, wie der Gemeinderat schreibt. Wichtig sind uns zwei Dinge: Die Anstellungsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden und sollen nicht dazu führen, dass vermehrt unqualifiziertes Personal angestellt wird. Auch die sozialen Durchmischungen müssen sichergestellt sein.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Bernhard Bichsel verlangt Diskussion

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird Diskussion gewährt.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Zu Anna Mäder: Ich wäre sehr froh, wären die Betreuungsgutscheine bereits umgesetzt. Von der Beantwortung der Fragen erkläre ich mich nur teilweise befriedigt. Aus meiner Sicht ist eine Problematik unter dem Begriff Betreuungsgutschein nicht erkannt worden. Es geht darum, dass Betreuungsgutscheine nicht die eine Variante für die Umsetzung sind, sondern sie können in diversen Varianten ausgestaltet werden. Es geht hier vielmehr um die Grundsatzfrage, ob man eine Objekt- oder eine Subjektfinanzierung vornehmen will. Was ist wichtiger: Die Infrastruktur oder das Kind? Ich verstehe Ihre Bedenken, muss aber festhalten, dass ich beim Lesen der Fragen festgestellt habe, dass diese sehr kritisch sind. Man geht davon aus, dass die Betreuungsgutscheine einen negativen Impact haben werden. Die Erfahrungen mit den Betreuungsgutscheinen zeigen jedoch das Gegenteil auf, sie haben einen positiven Impact in Bezug auf die Anstellungsbedingungen. Man kann davon ausgehen, dass diese eher besser werden. In den Antworten zur vorhergehenden Interpellation ist festgehalten, dass die privaten Kitas die Anstellungsbedingungen besser handhaben als die staatlich subventionierten. Man muss sich auch bewusst sein, dass ein gewisser Wettbewerb in Bezug auf die Qualität stattfinden wird. Ich selber bin betroffener Elternteil, auch ich bringe meine Kinder in die Kita. Was will man mehr als die bestmögliche Betreuung für sein Kind? Mit den Betreuungsgutscheinen wird die beste Kita ausgewählt, was sich positiv auf die Betreuungsqualität auswirken wird.

**Christian Roth (SP):** Die Antwort zur letzten Frage, wie der Gemeinderat die Gefahr, dass der "freie Markt" die Kitas dort erstellt, wo die Errichtung am billigsten ist und nicht dort, wo die Familien wohnen oder die Eltern arbeiten, weist auf einen weiteren Punkt hin, den ich bei der Diskussion um das Konzept "Kind – Jugend – Familie" vermisst habe. Der Gemeinderat hält zu Recht fest, dass verschiedene Anbieter von Kitas zwar Interesse haben, neue Kitas in den Ortsteilen Köniz, Liebefeld zu gründen, aber am schlechten Angebot von Räumlichkeiten scheitern. Hier sehe ich die Aufgabe der Gemeinde, in diesem Bereich vorausschauend zu planen. Ich bedaure in diesem Zusammenhang ausserordentlich, dass diese Möglichkeit im neuen Haus auf dem Dreispitzareal nicht geschaffen wird. Hier erwarte ich vom Gemeinderat etwas mehr Steuerung.

**Christoph Salzmann (SP):** Ich kann mir durchaus vorstellen, dass Betreuungsgutscheine auch ihren Reiz haben können. Damit hätten Familien mit tieferen Einkommen die Möglichkeit, eine Kita gemäss ihren Bedürfnissen zu wählen. Der Kontakt mit den Familien ist in der Regel kundenfreundlicher, weil sich die Kitas um ihre Kundschaft bemühen muss. Man muss aber auch sehen, dass viele Bereiche vorhanden sind, deren Qualität die Kundschaft nicht beurteilen kann. Dazu sind Fachleute notwendig. Wenn dereinst auf ein System mit Betreuungsgutscheinen umgestellt würde, müssen dafür klare Rahmenbedingungen gestellt werden. Die Kitas müssen akkreditiert sein, gewisse Bedingungen erfüllen, wie z. B. die Garantie der sozialen Durchmischung oder die Aufnahme von dringlichen Fällen. Auch sollte eine Tarifobergrenze vorhanden sein, damit nicht der Markt die Preise in die Höhe treibt und Familien mit tieferen Einkommen trotz Betreuungsgutscheinen nicht mehr über die Runden kommen. Mit Betreuungsgutscheinen sollen auch keine Luxusangebote finanziert werden, wie die Abholung von Kindern oder das Angebot von Frühenglisch.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Zu Christoph Salzmann: Wir sind uns dahingehend einig, dass die Rahmenbedingungen bei einem allfälligen Systemwechsel definiert werden müssen. Sind alle Bedingungen, die Christoph Salzmann aufgezählt hat, zurzeit erfüllt? Sind die Armen und Reichen in den privaten Kitas durchmischt? Funktioniert die Vergabe der subventionierten Plätze gut? Musste deshalb die Gemeinde der kibe Region Köniz die Warteliste entziehen?

**Adrian Burkhalter (SVP):** Die beste Kita ist immer noch das Zuhause. Damit ist eine hundertprozentig gute Betreuung gewährt und Diskussionen um die Einführung von Betreuungsgutscheinen werden obsolet.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

## 11. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 1221 Motion (SP, Köniz) "Köniz nachhaltig: Köniz nutzt die Sonne als Energielieferantin proaktiv!"
- 1222 Postulat (SP, CVP/EVP/GLP, FDP, Die Liberalen, Grüne, BDP) "Köniz innovativ: Köniz sammelt Kunststoff statt ihn wegzuerwerfen"
- 1223 Motion (BDP) "Pilotprojekt: Könizer Wasserversorgung bezieht Strom von der Könizer Strombörse für erneuerbare Energiequellen"
- 1224 Motion (SP Köniz, Hugo Staub, Annemarie Berlinger-Staub) "Ärztzentren für Köniz"
- 1225 Postulat (EVP) "Köstliches Köniz"
- 1226 Motion (Heinz Nacht) "Mountainbiken am Ulmizberg", die Dringlichkeit wurde vom Parlamentbüro nicht gewährt.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Auf Ihren Pulten liegt die Liste der Sitzungspräsenzen. Allfällige Korrekturen bitte an Parlamentssekretärin Verena Remund melden.

**Niklaus Hofer (SVP):** Da die heutige Parlamentssitzung meine letzte war, lade Sie alle zu einem Umtrunk an der Bar unten ein. Ich wünsche Ihnen alles Gute, schöne Weihnacht und für 2013 viel Gefreutes. (*Applaus*)

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Ich wünsche allen Anwesenden eine gute Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Die nächste Sitzung findet am 18. Januar 2013 um 17.00 Uhr statt.

Im Namen des Parlaments

Annemarie Berlinger-Staub  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament